

Rüdiger Mittel

46325 Borken
Martin-Luther-Str. 21
☎ 0 28 61/64470 p.
☎ 02861 / 939-102 d.
22.03.2007

R. Mittel, Martin-Luther-Str. 21, 46325 Borken

An die
Mitglieder des Rates
der Stadt Borken

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn die Stadt Borken einen Ersten Beigeordneten und Kämmerer haben will – was ja nicht zwingend ist – sollte er kraftvoll, optimistisch, autoritätsstark und mit Freude und Hingabe arbeiten. Nach den Ereignissen der letzten Wochen und der öffentlichen Kritik, der ich bereits seit Monaten unterzogen bin, ist mir das weitgehend abhanden gekommen und ich muss erkennen, dass ich mit meiner Auffassung und Haltung offenbar nicht einmal in das System des öffentlichen Dienstes passe.

Ich bin in einem kleinen Kalkwerk aufgewachsen. Ich weiß, wie es in einem Unternehmen zugeht und wie einfache gewerbliche Arbeitnehmer ihr Geld verdienen. Natürlich ist ein Rathaus kein Kalkwerk. Aber wenn in einem Rathaus geradezu nach entgegengesetzten Grundsätzen gearbeitet wird wie in einem mittelständischen Betrieb, stimmt etwas nicht. Auch bei uns dürfen Regeln, Formalien und Verfahrensabläufe nicht wichtiger sein als die Sache selbst und das Ziel, dem sie dienen. Und ich trete dafür ein, dass die Stadtverwaltung nicht für die Mitarbeiter, sondern für die Bürger da ist, und dass auch ein Personalrat bei anstehenden Entscheidungen fragen muss, was die Bürger eigentlich von uns erwarten und nicht, was die Mitarbeiter gern hätten. Mit solchen Auffassungen verstoße ich ständig gegen einen Kodex, dem sich zahlreiche Mitarbeiter verpflichtet fühlen, und mache mir das einflussreiche System Personalrat zum Feind. Und schließlich macht jemand aus diesem System im Schutz seiner bevorstehenden Pensionierung den Denunzianten und diskreditiert meine Arbeit. Eine dankbare Presse sitzt ihm auf und strickt sogar die Legende vom aufrechten, zivilcouragierten Beamten und die Geschichte vom kleinen David und bösen Goliath. Nichts von dem, was sich objektiv prüfen lässt, hält dieser Prüfung stand. Aber die Presse treibt weiter, ich mache einen Fehler, über den noch zu reden sein wird, und der Personalrat nutzt die günstige Gelegenheit und macht Druck auf den Bürgermeister, der eine Entscheidung trifft, die der Rat jetzt zu einem konsequenten Ende bringen sollte.

Zu meinem Fehler:

Es ist gut, dass es zur Achtung der Privatsphäre der Mitarbeiter, zum Schutz der Vertraulichkeit in Personalrats- oder Rechnungsprüfungsangelegenheiten Gesetze gibt. Ich selbst käme jedoch auch ohne Gesetze nicht auf den Gedanken, so etwas ausforschen zu wollen. Auch in allen dienstlichen Angelegenheiten achte ich die persönliche Sphäre jedes Mitarbeiters. Ich möchte deshalb noch einmal betonen, dass ich die fragliche E-Mail nicht ausgeforscht, sondern – wenn auch vertraulich – auf offiziellem Weg erhalten habe. Ich habe ausschließlich den Verteiler ermittelt, den diese Mail erreicht hat. Und auch dies nur deshalb, weil bereits die Existenz der E-Mail den Beweis eines unerhörten Dienstverstoßes darstellte, dem ich nicht erst nach einem förmlichen Mitbestimmungsverfahren mit dem Personalrat begegnen wollte. Es ist der entscheidende Punkt, dass ich von Anfang an wusste, dass es in diesem Fall weder um Privates noch Personalratsangelegenheiten oder Angelegenheiten der Rechnungsprüfung ging, sondern der Datenschutz zum Täterschutz geworden wäre und die schädlichen Auswirkungen des verleumderischen Schreibens weiter fortgewirkt hätten. Im Nachhinein kann man sogar feststellen, dass ausgerechnet der Personalrat, der an der Aufklärung hätte mitwirken müssen, und der deshalb jetzt alles Vertrauen zu mir verloren haben will, die Schmähschrift selbst erhalten und dies pflichtwidrig weder gemeldet noch sonst etwas dagegen unternommen hatte.

Wie schon einmal gesagt: Die Wahrheit liegt im Auge des Betrachters, und ich selbst bin in eigener Sache so befangen, dass ich keine Objektivität für mich in Anspruch nehme. Anders als die Landesbeauftragte für den Datenschutz erkenne ich in meinem Handeln zwar den formalen Regelbruch, nicht aber ein materielles Unrecht. Ich weiß, dass ich das Recht nicht in die eigenen Hände nehmen darf, aber ich bin auch kein Mensch für den Dienst nach Vorschrift. Vielleicht passe ich besser dahin, woher ich komme, als in das Borkener Rathaus. Bisher habe ich das nicht für zwei Welten gehalten.

Ich habe offenkundig Vertrauen verloren und meine Autorität ist schwer beschädigt. Ich habe jedoch keine Vertrauensfrage gestellt, sondern um Abwahl gebeten und an der Ernsthaftigkeit dieses Wunsches keinen Zweifel gelassen. Wenn die Mehrheit des Rates diesen Wunsch nicht erfüllen will, muss sie mir erklären, wie ich ohne Vertrauen und Autorität meine Aufgaben erfüllen soll.

Mit besten Grüßen

Ihr

Rüdiger Mittel